

rund 100 Mio. US\$. Dies ist vor allem auf die Gründung von 23 sino-ausländischen Joint Ventures zurückzuführen, die Kfz-Teile herstellen, jedoch auch unterschiedliche technische Standards einführen. (CD, 3.10.91)

Durch die Gründung eines beschränkten Anteils zentraler Fertigungsstätten sollen die Herstellungskosten reduziert und die Produktqualität der Kfz-Teile mit Blick auf die internationale Konkurrenz erhöht werden. Anstatt für eine große Zahl von Unternehmen staatliche Förderungsmittel bereitzustellen, sollen diese auf die ausgewählten 50 Hersteller konzentriert werden.

Ausländische Experten befürchten jedoch, daß sich die Auswahl der zu fördernden Kfz-Teilehersteller weniger an Sachkriterien, sondern an dem bestehenden Beziehungsgeflecht orientieren wird. So wurden beispielsweise die von einem Betrieb in der Provinz Henan mit ausländischer Technologie und importierten Teilen hergestellten Produkte von einem Kfz-Unternehmen deshalb nicht akzeptiert, weil der Henaner Betrieb dem Landmaschinen- und nicht der Kfz-Industrie zugeordnet war.

Die Reorganisierung der Kfz-Teileindustrie wird auch gegen den zwar oft kritisierten, aber weiter bestehenden lokalen Handelsprotektionismus durchzusetzen sein. Lokaler Protektionismus sowie fehlende Planung und Koordination zwischen Ministerien und lokalen Regierungen wird auch als ein Grund dafür angesehen, daß Überkapazitäten in der Fertigung sowie Mehrfachimporte stattfinden. (NfA, 23.4.91) -schü-

*(44)

Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung 1991/92

Chinesische Wirtschaftsexperten der Akademie für Sozialwissenschaften prognostizieren ein Wachstum des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes (BPW) von 2,4% für das gesamte Jahr 1991 und von 3,4% für das kommende Jahr.

Das Entwicklungstempo des industriellen BPW wird nach Angaben der Wirtschaftsexperten in diesem Jahr auf 14% steigen. Es wird mit einer Zunahme der Schwerindustrie um 13,7%

und der Leichtindustrie um 14,5% gerechnet. Für das Jahr 1992 gehen die Experten von einem Wachstum des industriellen BPW zwischen 11-13% aus, mit einer ungefähr gleichen Steigerungsrate für Schwer- und Leichtindustrie.

Der Anstieg des Bruttosozialprodukts in diesem und im folgenden Jahr wird den Prognosen zufolge 7% ausmachen; das Wachstum des Nationaleinkommens wird mit 6,7% angegeben.

Weiterhin erwarten die Wirtschaftsexperten eine Erhöhung der Anlageinvestitionen auf 514 Mrd. Yuan in diesem und auf 580 Mrd. Yuan im nächsten Jahr.

Außerdem wird mit einer Zunahme der Einkommen der Beschäftigten um 15% in diesem und um 14% im folgenden Jahr gerechnet. Eine Steigerung wird auch beim Einzelhandelsindex erwartet, der in diesem Jahr um 14% und im nächsten Jahr um 13% wachsen wird. (XNA, 12.10.91)

Es lohnt ein Vergleich zwischen diesen Prognosen mit den Angaben Li Pengs zur Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr und den wichtigsten Aufgaben im Jahre 1992. So erklärte Li Peng auf einer Arbeitskonferenz des Zentralkomitees der KPCh zur 'aktuellen Situation der Wirtschaft und der Verbesserung der großen und mittleren Staatsbetriebe' Ende September, daß damit gerechnet werden kann, daß das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um 'mehr als 6%' und der industrielle BPW um 'mehr als 10%' steigen wird. Für den Anstieg des Einzelhandelsindex und der städtischen Einkommen nennt Li Peng eine Wachstumsrate von jeweils 12%. Den Anstieg der Anlageinvestitionen um 21,7% in den ersten acht Monaten d.J. bezeichnet Li Peng als 'zufriedenstellend'. Allerdings räumt er ein, daß erneut Überhitzungstendenzen beim Investbau zu verzeichnen seien und daß insgesamt der Umfang der Anlageinvestitionen zu groß sei und darüber hinaus einige der Projekte nicht den Leitlinien der Industriepolitik entsprächen.

Für 1992 macht Li Peng jedoch keine quantitativen Angaben zur Wirtschaftsentwicklung. Allerdings soll eine 'angemessene Wachstumsrate' realisiert werden. Das BSP sei nicht zu hoch anzusetzen, die Zuwachsraten des

industriellen BPW sollte niedriger als in diesem Jahr und die des landwirtschaftlichen BPW höher als in diesem Jahr liegen. Lediglich der tertiäre Sektor soll wesentlich schneller steigen. (SWB, 23.10.91) -schü-

Taiwan

*(45)

Zunehmende Spannung in den Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition

Angesichts der Wahlen zur neuen Nationalversammlung im Dezember d.J. für die angekündigte Verfassungsänderung nimmt die Spannung der Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition ständig zu. In den letzten Monaten gab es wieder eine Reihe von Massendemonstrationen gegen die Regierungspolitik, und zahlreiche Oppositionelle wurden von den Sicherheitsbehörden verhaftet. Bei den heftigen Auseinandersetzungen geht es vor allem um die Zukunft Taiwans. Während die Opposition den Ruf nach der Unabhängigkeit Taiwans immer lauter vorbringt, beharrt die Regierung nach wie vor auf der Einheit Chinas. Darüber hinaus verlangen alle Regierungskritiker die Abschaffung des § 100 des Strafgesetzes, nach dem viele politisch Andersdenkende in der Vergangenheit verhaftet und zu langjähriger Haft verurteilt wurden.

Folgende wichtigen Ereignisse der letzten Zeit haben zur politischen Spannung in Taiwan beigetragen:

- Am 25. August verabschiedete eine "volksverfassungsgebende Konferenz", an der Vertreter verschiedener Oppositionsgruppierungen teilnahmen, einen "Entwurf der Verfassung von Taiwan", der als Staatsnamen "Republik Taiwan" vorsieht. Der Ständige Ausschuß des Zentralen Exekutivkomitees der größten Oppositionspartei Minjindang (Demokratische Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) beschloß am 28. August einstimmig, das Dokument in ihr Programm für die Nationalversammlungswahlen aufzunehmen. Dies wurde von der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD) scharf verurteilt.

- Am 25. und 26. August gab es einen gewaltigen Konflikt zwischen der "Organisation für die Gründung eines Staates Taiwan" und der Polizei in der Stadt Taichung (Taizhong). Am 2. September wurde das Hauptbüro der Organisation von der Polizei durchsucht.

- Am 31. August wurde Guo Beihong, Vorsitzender des US-Hauptbüros der "Allianz für taiwanesisch Unabhängigkeit" bei der illegalen Einreise in Taiwan verhaftet.

- Am 2. September wurde Li Yingyuan, stellvertretender Vorsitzender des Hauptbüros der "Allianz für taiwanesisch Unabhängigkeit" (in USA), der sich seit über einem Jahr illegal in Taiwan aufhielt, verhaftet.

- Am 4. September fand eine öffentliche Versammlung der "Organisation für die Gründung eines Staates Taiwan" in Taichung statt, auf der 63 Mitglieder der "Allianz für taiwanesisch Unabhängigkeit" erschienen.

- Am 7. und 8. September fand in Taipei eine Massendemonstration für ein "Referendum über den Beitritt Taiwans zur UNO" (d.h. Vertretungen von zwei chinesischen Staaten in der Weltorganisation) statt.

- Gründung einer "Allianz für die Abschaffung des §100 des Strafgesetzes" am 21. September in Taipei.

- Am 24. September Tumulte und Schlägereien im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) während des Regierungsberichtes des Ministerpräsidenten Hao Bocun (Hau Pei-tsun).

- Am 29. September lud Präsident Li Denhui (Lee Teng-hui) elf einheimische Persönlichkeiten einschließlich prominenter Oppositioneller zu einem Gespräch über die politische Lage ein.

- Vom 6. bis 9. Oktober Demonstrationen gegen die Veranstaltung der Militärparade am Nationalfeiertag am 10. Oktober.

- Am 13. Oktober Einführung eines Paragraphen für taiwanesisch Unabhängigkeit in die MJD-Parteisatzung.

- Am 17. und 18. Oktober Festnahme mehrerer Mitglieder der "Organisation für die Gründung eines Staates Taiwan" und der "Allianz für taiwanesisch Unabhängigkeit".

- Am 20. Oktober Gründung des Taiwan-Hauptbüros der "Allianz für taiwanesisch Unabhängigkeit" und Festnahme von Wang Kanglong, Generalsekretär der Allianz, und am 21. Oktober Festnahme von Guo Zhengguang, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK vom US-Hauptbüro der Allianz.

- Am 25. Oktober zweite große Demonstration für ein "Referendum über den Beitritt Taiwans zur UNO" in Kaohsiung (Gaoxiong), an der über 30.000 Menschen teilnahmen. -ni-

*(46)

Xu Xinliang zum neuen Vorsitzenden der größten Oppositionspartei (MJD) gewählt

Auf dem 5. Parteitag der größten Oppositionspartei Minjindang (Demokratische Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD genannt) am 12. und 13. Oktober in Taipei wurde Xu Xinliang (50) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Er gehört zum Parteiflügel "Meilidao" (Schöne Insel). Sein Wahlkontrahent Shi Mingde wurde vom anderen Parteiflügel "Xinchaoliu" (Neue Strömung) unterstützt. Die Xinchaoliu-Gruppe befürwortet einen radikalen Kurs zur Gründung eines unabhängigen Staates Taiwan, d.h. Abtrennung von China, während die Meilidao-Gruppe zum gleichen Ziel einen gemäßigeren Weg bevorzugt, um damit die Regierung und die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) nicht zu stark zu provozieren, die wie Beijing an der Einheit Chinas festhält und die taiwanesisch Unabhängigkeitsbewegung als Rebellion betrachten.

Vor dem 5. Parteitag galt die Meilidao-Gruppe als die "Hauptströmung" (Zhuliupai) der MJD. Nicht nur Xus Vorgänger Huang Xinjie, sondern auch die Mehrheit im Zentralen Exekutivkomitee (ZEK) gehörten diesem Flügel an. Bei den neuen ZEK-Wahlen am ersten Tag des Parteitages, am 12. Oktober, gewann diese Gruppe überraschend nur 14 der insgesamt 31 Sitze. Im neuen Ständigen Komitee des ZEK zählen auch nur 4 der 11 Mitglieder zu ihren Anhängern. Zum ersten Mal seit Gründung der Partei 1988 erhielt die Xinchaoliu-Gruppe in der Parteizentrale die Mehrheit.

Ebenso sensationell wurde ein sogenannter "Paragraph für die taiwanesisch Unabhängigkeit" (Taidu tiaokuan) mit der Unterstützung von über Zweidritteln der Delegierten in die Parteisatzung aufgenommen. Im ursprünglichen Entwurf der Xinchaoliu-Gruppe hieß es, "eine souveräne unabhängige Republik Taiwan zu gründen". Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln wurde schließlich eine Kompromißformel vom Parteitag angenommen, und zwar mit folgendem Wortlaut: "Im Hinblick auf das Prinzip der Volkssouveränität soll man den Einwohnern Taiwans per Plebiszit die Entscheidung über den Vorschlag zur Gründung einer souveränen, unabhängigen Republik Taiwan als eine Alternative überlassen." Die extra umständliche und verschwommene Formulierung des Paragraphen dient dazu, einem Verstoß gegen die geltenden Gesetze zu entgehen. Nach dem Gesetz für Volkskörperschaften einschließlich politischer Parteien sowie nach dem Gesetz für nationale Sicherheit ist es verboten, Separatismus zu befürworten.

Die Meilidao-Gruppe hatte zuerst die Revision der Parteisatzung verhindern bzw. verschieben wollen. Doch nach der Niederlage bei den ZEK-Wahlen kam sie mit der neuen Formulierung des Paragraphen für die Unabhängigkeit Taiwans der radikalen Xinchaoliu-Gruppe entgegen, um damit den Sieg Xu Xinliangs bei der Vorsitzendenwahl zu sichern. (LHB, 13.-14.10.91; ZZ, 18.10.91)

Xu, der ursprünglich zur Regierungspartei gehörte, schloß sich 1977 der damaligen parteilosen Opposition an. Von 1979 bis 1989 lebte er im Exil. Im September 1989 wurde er bei der illegalen Einreise nach Taiwan von den Sicherheitsbehörden festgenommen und im Dezember desselben Jahres vor Gericht wegen "Rebellion" zu zehn Jahren Haft verurteilt. Erst im letzten Jahr wurde er durch eine Begnadigung des Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) freigelassen. -ni-

*(47)

Taiwan als siebtgrößter Handelspartner des chinesischen Festlandes

Nach offiziellen Angaben von Beijing war Taiwan 1990 zum ersten Mal unter den zehn größten Handelspartnern der VR China, und zwar an siebter Stelle.

Bezogen auf den Import war Taiwan im letzten Jahr sogar auf Platz fünf unter den Lieferanten des chinesischen Festlandes. (CP, 25.10.91)

Nach wie vor lehnt Taiwan den offiziellen Kontakt einschließlich des direkten Handels mit Beijing ab. Der Warenaustausch zwischen beiden chinesischen Seiten an der Taiwan-Straße wurde bislang hauptsächlich über Hongkong abgewickelt. Den Statistiken des Zollamtes von Hongkong zufolge ist das Gesamtwertvolumen des "chinesisch-chinesischen" Transithandels über die Kronkolonie vom Januar bis August d.J. mit 3.512,77 Mio.US\$ gegenüber dem Vorjahreszeitraum drastisch um 41,06% gestiegen. Insgesamt hat Taiwan in den ersten acht Monaten Güter im Wert von 2.849,33 Mio.US\$ nach dem Festland ausgeführt, 40,82% mehr als vor einem Jahr; zugleich betrug Taiwans Einfuhren aus dem Festland 663,44 Mio.US\$, 42,1% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit wies die Bilanz einen riesigen Überschuss von 2.185,89 Mio.US\$ zugunsten Taiwans auf. Vom Monatsergebnis her gesehen, ist das gesamte Handelswertvolumen beider Seiten im August gegenüber dem Vormonat um 6,51% gefallen, hauptsächlich infolge des Rückgangs der taiwanesischen Ausfuhren um 8,5%. Aber im Vergleich zum Vorjahresmonat hatte das Gesamthandelsvolumen vom August noch immer einen drastischen Zuwachs von 44,59% zu verzeichnen. (LHB, 25.10.91) -ni-

***(48)
Aufschwung in der Konjunktorentwicklung hält an**

Die rosige Konjunktorentwicklung in Taiwan hält weiter an. Zur Bewertung der Konjunkturtendenzen und Mahnung für Gegenmaßnahmen verwendet der Rat für wirtschaftliche Planung und Entwicklung des Exekutivvian (Kabinetts) ein sich auf neun wichtige Wirtschaftsindikatoren stützendes System von 50 Punkten und eine Skala von fünf Farben: rot, rotgelb, grün, gelbblau und blau. Eine überhitzte Konjunktur von über 38 Punkten wird mit "Rot" signalisiert, "Blau" mit unter 17 Punkten bedeutet Depression, dazwischen liegen die Abstufungen "Rotgelb" (32-38 Punkte) für Expansion, "Blaugelb" (17-23 Punkte) für Rezession und "Grün" (23-32 Punkte) für normale Entwicklung.

Im Juni d.J. hatte die Konjunktur-"Kontrolllampe" seit 15 Monaten zum erstenmal wieder "grün" (24 Punkte) signalisiert, im Juli stieg sie auf 28 Punkte - eine Rekordhöhe seit zwei Jahren. Zwar sank sie im August wieder auf schätzungsweise 26 Punkte, die Kontrolllampe blieb aber noch immer auf "grün", d.h. auf einen gesunden Konjunktorentwicklungskurs.

Jüngsten offiziellen Statistikangaben zufolge betrug der Exportwert im September 6.987 Mio.US\$, 13,42% höher als im August und 25,27% höher als im Vorjahresmonat. Gleichzeitig ist der Importwert mit 5.262 Mio.US\$ um 1,15% gegenüber dem Vormonat und 27,02% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Vom Januar bis September erreichte der Exportwert kumulativ 56.380 Mio.US\$ und der Importwert 46.750 Mio.US\$, 14% bzw. 16,4% mehr als vor einem Jahr. Die Exportauftragseingänge lagen im September mit 6.315 Mio.US\$ um 1,22% niedriger als im August, aber um 13,23% über dem Vorjahresmonat. In den ersten drei Quartalen d.J. hatten sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von 11,06% zu verzeichnen.

Aufgrund der Exportexpansion erhöhte sich auch die Industrieproduktion. In den ersten drei Quartalen ist der Produktionsindex gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,7% gestiegen, im September lag er bei 127,4 Punkten, 5,34% niedriger als im Vormonat, aber 6,88% höher als im Vorjahresmonat.

Günstig hat sich auch die Preisentwicklung gestaltet. Im September sind die Verbraucherpreise gegenüber August um 0,09% und gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,29% gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug im September nur 1,79%, 0,01% höher als im Vormonat und 0,19% niedriger als vor einem Jahr.

Die private Investitionstätigkeit zeigte sich jedoch mit einem Zuwachs von real 2,8% im 2. Quartal weiterhin recht schwach. Die ausländischen Investitionen in Taiwan gingen in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18,77% zurück, hingegen stiegen die Auslandsinvestitionen Taiwans um 11,89%. (Domestic & Foreign Express Report of Economic Statistics Indicators, Oct. 1991, Dept. of Statistics, Ministry of Economic Affairs; LHB, 25.10.91) -ni-

Hongkong und Macau

***(49)**

Das künftige höchste Berufungsgericht Hongkongs entfacht neuen Zwist mit Beijing

Kaum daß das sino-britische Memorandum zur Verständigung über den Bau eines neuen internationalen Flughafens in Hongkong am 3. September in Beijing unterzeichnet worden ist, taucht ein neuer Streit zwischen Hongkong und Beijing auf: es geht um die Einrichtung der künftigen höchsten Berufungsinstanz in Hongkong. Sowohl in der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 über die Rückgabe der britischen Kolonie an China 1997 als auch in dem vom chinesischen Nationalen Volkskongreß am 4. April 1990 verabschiedeten Grundgesetz für Hongkong als Sonderverwaltungszone der VR China ab 1997 ist die Gründung eines höchsten Berufungsgerichtes in Hongkong vorgesehen, das den bisherigen Justizausschuß des Staatsrats in London (Judicial Committee of the Privy Council) als letzte Revisionsinstanz für Hongkong ablösen soll. Doch wie und wann es errichtet werden soll, ist in beiden Dokumenten nicht festgelegt.

Um die unabhängige Gerichtsbarkeit Hongkongs zu sichern und das Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft zu stabilisieren - besonders nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in Beijing vor zwei Jahren -, verlangen die Briten von den Chinesen, das höchste Berufungsgericht noch vor 1997 einzurichten. Erst beim Besuch des britischen Premiers John Major Anfang September d.J. in Beijing zur Unterzeichnung des o.g. Memorandums kam die chinesische Regierung dem britischen Vorschlag zur Behandlung der Frage entgegen.

Auf den 20. Sitzung der sino-britischen Gemeinsamen Liaisongruppe zur Vorbereitung der Übergabe Hongkongs, die vom 24. bis 26. September in London stattfand, einigten sich beide Seiten auf das Jahr 1993 für die Einrichtung der höchsten Berufungsinstanz in Hongkong - also vier Jahre vor der Rückgabe der Kronkolonie. Es wurde vereinbart, daß das Gericht aus fünf